



Bayerische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Franz – Josef – Strauß Ring 1

80539 München

GEB-Kita e.V.

Gesamt-Eltern-Beirat Kindertagesstätten
in Nürnberg e.V.

Wirthstr.35

90459 Nürnberg

Tel.: 0911/56 909 56

www.gebnuernberg.de

geb.nuernberg@gmx.de

Nürnberg, den 12.01.2021

OFFENER BRIEF DES GEAMTSELTERNBEIRATES KINDERTAGESSTÄTTEN NÜRNBERG E. V. ZUR MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ VOM 05.01.2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder,

vor Inkrafttreten des Lockdowns light sagte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey am 1. November 2020 in der ARD: „Die Schließung von Kitas und Schulen sind nicht das erste Mittel, sondern die sind das letzte Mittel, wenn es um Einschränkungen geht.“ In einer gründlichen Abwägung zwischen Gesundheits- und Arbeitsschutz auf der einen, Kindeswohl auf der anderen Seite, sei man zu dem Entschluss gekommen, „bevor wir Kitas und Schulen schließen, sind alle anderen Dinge dran. [...] Wenn es gar nicht mehr geht, dann ist das auch ein Weg, aber nicht der erste.“ Wenige Tage vorher sagten auch Sie Herr Ministerpräsident Söder: „Die Schulen werden als letztes geschlossen. Schulen und Kitas werden im schlimmsten Fall als erstes wieder geöffnet.“ Auch die Kanzlerin beteuerte auf ihren regelmäßigen Pressekonferenzen während des Lockdowns light immer wieder, dass sie diesen Weg mitgehe.

Seit dem 16. Dezember befinden wir uns nun in einem etwas härteren Lockdown, der zunächst unter dem Deckmantel der verlängerten Weihnachtsferien die Schließung von Schulen und Kitas beinhaltet. Seit dieser Woche ist klar: Schulen und Kitas sollen, so zumindest der Beschluss des Bund-Länder-Treffens am 5. Januar, noch den gesamten Januar zu bleiben.

Die aktuelle Pandemie-Situation und der erneute Lockdown stellen für Familien eine besondere Belastung dar. Am meisten leiden dabei unsere Kinder. Es geht dabei nicht nur um die verlorenen Bildungschancen, es geht auch darum, einen geregelten Alltag zu erleben oder Gleichaltrige treffen zu dürfen.

Für manche Kinder geht es aber auch um ein warmes Mittagessen, wenn sie nicht mehr an der Schulspeisung teilnehmen können. Nicht jede Familie bekommt Kinderbetreuung und Arbeit gut unter einen Hut. Für viele Familien geht es gar ums finanzielle Überleben. Eltern, die tagsüber ihre Kinder durch das Homeschooling begleitet haben und nachts ihrem Job im Homeoffice nachgegangen sind, waren während des ersten Lockdowns im Frühjahr keine Seltenheit.

Durch die Zunahme von Stress und Spannungen innerhalb vieler Familien, kam es auch zu einer Zunahme von häuslicher Gewalt, was Studien und Erfahrungsberichte belegen. Gleichzeitig berichteten die Jugendämter über einen Rückgang der Meldungen von Kindeswohlgefährdungen. Sozialpädagogen und Betreuer von benachteiligten Kindern verloren den Kontakt zu ihren Schützlingen. Wo keine Betreuer und Pädagogen mehr hinsahen, wurden auch keine Vorfälle mehr gemeldet. Viele Kinder wurden schlichtweg alleingelassen.

Wie insgesamt in dieser Pandemie, sind es auch unter den Kindern die sozial benachteiligten, deren Eltern die Verluste, die durch fehlende Bildungsangebote und Kontaktbeschränkungen entstehen, nicht ausreichend kompensieren können, und die dadurch noch mehr ins gesellschaftliche Hintertreffen geraten.

Nach dem ersten Lockdown im Frühjahr hatte die Politik große Pläne geschmiedet, Familien und Kinder in der Pandemie nicht mehr sich selbst zu überlassen. Man habe aus den Fehlern gelernt. Das, was Kindern durch die Isolation während eines Lockdowns zugemutet wird, darf so nicht noch einmal passieren, so der Tenor. In einer Veröffentlichung der Kinderkommission des Bundestages vom 9. September 2020 heißt es deshalb: „Handlungsleitend für die Politik müsse hingegen die Kinderrechtskonvention sein, wonach ‚bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen ist‘.“

Und hier zeigt sich das Dilemma unserer Kinder. Das Dilemma nennt sich Infektionsschutz vs. Kinderrechte. Gesundheit gegen Kindeswohl. Einerseits hatte die Politik beschlossen, Kinderrecht in der Pandemie von nun an erstrangig zu berücksichtigen, auf der anderen Seite hat die Politik bei der Aufgabe, das Infektionsgeschehen so weit unter Kontrolle zu halten, nicht den gewünschten Erfolg erzielen können, dass es möglich wäre, Kinder weiterhin guten Gewissens in Einrichtungen zu schicken, in denen sie täglich mit vielen weiteren Personen Kontakt haben.

Nach neun Monaten epidemischer Lage von nationaler Tragweite, zwei Monaten erneuten Lockdowns, einem Monat erneuter Kita- und Schulschließungen und dem Blick auf weitere zwei bis drei Wintermonate brauchen wir jetzt endlich ein klares, verlässliches und nachvollziehbares und vor allem nachhaltiges Gesamtkonzept für Kinder und Familien, um eine Wiedereröffnung im Februar 2021 sicherzustellen!

Wir sehen folgende Kernthemen:

- Kindeswohl bzw. die Rechte der Kinder
- Gesamtgesellschaftliche Verantwortung in Bezug auf Leben und Gesundheit
- Existenzsicherung der Familien
- notwendige Erwerbstätigkeit und Familie vereinbaren.

Die genannten Kernthemen sind gleichwertige Güter die gegeneinander abgewogen werden müssen. Unser Anspruch an die Politik ist, dass noch sorgfältiger abgewogen wird ob weitere Einschränkungen notwendig sind und wie diese sich solidarisch leistbar und verlässlich umsetzen lassen.

Flächendeckende (Teil-)Schließungen in Bereichen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege müssen kategorisch ausgeschlossen werden.

Sollten Schließungen unumgänglich sein, fordern wir folgendes:

- Schließungen und Einschränkungen des Rechtsanspruches auf frühkindliche Bildung sind einzig auf behördliche Anordnung nach genau zu definierenden Regelungen überhaupt denkbar und legitim. Einrichtungen und Träger sind nicht legitimiert darüber zu entscheiden und dürfen hier nicht allein gelassen werden.
- Sicherstellung des Betriebes in allen nicht behördlich geschlossenen Kindertageseinrichtungen im Rahmen der vertraglich vereinbarten Betreuungszeit. Keine willkürlichen Einschränkungen und Schließungen auf Träger- oder Leitungsebene der Kindertageseinrichtungen.
- Notbetreuung muss weiterhin für alle Kinder gewährleistet sein, die einen familiären Bedarf auf frühkindliche Bildung haben (nicht nur aus Systemrelevanz). Für diese Fälle braucht es Gefährdungsbeurteilungen, Restrisikobetrachtung und darauf basierende verpflichtende Hygiene-, Sicherheits- und Schutzkonzepte für Kinder und pädagogischen Fachkräfte
- verlässliche Konzepte zum Kinderschutz, während der Schul und Kitaschließungen (u. a. für Risikogruppen, hilfsbedürftige Familien, Kinder mit besonderem Förderbedarf, Inklusion, Kindeswohlgefährdung). Kindertageseinrichtungen sind neben dem Bildungsauftrag auch Institutionen, die den Kinderschutz erfüllen in dem sie Prävention und Intervention in der pädagogischen Arbeit gewährleisten. Dieser Auftrag kann nicht erfüllt werden, wenn die Kinder nicht in der Einrichtung sind.
- eine „echte“ Unterstützung der Arbeitnehmenden Elternteile durch zusätzliche, vom Bund finanzierte Urlaubstage. Die neu beschlossene, halbherzige, Regelung im Zuge des Infektionsschutzgesetz bringt für die Eltern von Kindern in einer Kindertageseinrichtung keinerlei Verbesserung und insgesamt ist diese Lösung immer vom Goodwill des Arbeitgebers abhängig.
- Neuauflage des im Grunde hervorragenden unkomplizierten „Corona Kinderbonus“ in Höhe von 1000 € pro Kind und Monat.
- Anerkennung und Festlegung, dass die Betreuung von Kindern nicht zeitgleich mit Home – Office - Lösungen zu vereinbaren ist (z. B. bei dem Anspruch auf Notbetreuung als festgelegte alternative Betreuungsmöglichkeit als auch beim Anspruch auf Lohnersatzleistung nach IfSG).
 - Wir fordern hier kurzfristig ein Forum in dem sich die Bundesministerien mit Arbeitgebern und den Arbeitnehmenden Eltern zusammensetzen und gemeinsam langfristig tragbare Vereinbarkeitskonzepte entwickeln
- Verpflichtung der Kindertageseinrichtungen, geeignete Wege zur Kommunikation und Kontaktaufnahme mit den Kindern zu Hause zu finden und auszuführen. Essenziell sind direkte Kommunikationswege, um zukünftige Planungen frühzeitig sowie belastbar den Akteuren zur Verfügung zu stellen.
- Wir fordern, dass umgehend notwendige Investitionen in der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege getätigt werden, um den Regelbetrieb im Rahmen der Pandemie für alle Kinder, pädagogische Fachkräfte und Eltern mit der entsprechenden Sicherheit zu gewährleisten.
 - Verpflichtende Durchführung von Schnelltests innerhalb der Einrichtungen durch den Arbeitgeber
 - Vorziehen der Schutzimpfungen für pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte
 - Erhöhung des Personalschlüssels sowie Leitungsfreistellung
 - Gruppenverkleinerungen sind notwendige Lehren aus dieser Pandemie und unverzüglich zu initiieren

- Unterstützung der Kommunen und Träger bei der Erschließung von alternativen Betreuungsräumen
- Beiträge und sonstige Zahlungen, wie Essensgeld, ohne Gegenleistung sind selbstverständlich nicht zu erheben bzw. unverzüglich zurückzuerstatten

Einmal mehr müssen wir feststellen, dass Arbeitnehmer mit Kindern finanziell nicht mehr nur schlechter gestellt sind, sondern in existenzielle Bedrohung durch den Wegfall der Betreuung kommen. Diese müssen immer auch Ihre Kinder mitfinanzieren, behüten und organisieren. Die gewählten, politischen Akteure dürfen nicht vergessen, wie stark sich die momentanen Einschränkungen insbesondere auf die Familien mit Kindern auswirken.

Sollte unseren Kindern die Bildung aber verwehrt bleiben, sollte ein echter harter Lockdown für alle Bereiche in Deutschland in Erwägung gezogen werden, um die Infektionszahlen durch Kontaktreduzierung in allen Bereichen nachhaltig zu senken. Das heisst, keine Produktion von nicht lebensnotwendigen Gütern sowie keine Ausnahmen z. B. für Profisportler.

Kinder sind unsere Zukunft. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken. In die kleinste Institution des Staates muss investiert werden, damit die Kinder von Heute die Familien von Morgen gründen, gerne in diesem Land leben, gut ausgebildet sind und mit ihrer Arbeitskraft die Renten von Morgen erwirtschaften können. Kurz gesagt das Fundament des Staates bleiben.

Oberste Prämisse muss es sein, dass sich die Erwachsenen einschränken, damit es die Kinder nicht tun müssen. Die Hauptforderung muss heißen, „flatten the curve“ mit allen Mitteln, damit die Kinder bei hohen Zahlen nicht wieder unter Einschränkungen leiden müssen. Sichere Bildung beginnt nicht bei Schulschließungen, sondern bei einem schlüssigen Gesamtkonzept, welches das Land nachhaltig durch die Pandemie führt, so dass Schulen und Kitas guten Gewissens offengehalten werden können.

Für weiterführende Gespräche stehen wir sehr gern zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Der Vorstand des Gesamtelternbeirates Kindertagesstätten Nürnberg e. V.

Uwe Kriebel
1. Vorstandsvorsitzender

Rüdiger Singer
2. Vorstandsvorsitzender